

Die Sprachen

Im sozialistischen Jugoslawien gab es offiziell drei Staatssprachen: Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch. Die meistgesprochene Sprache war Serbokroatisch; sie galt als Nationalsprache der Serben, Kroaten, Montenegriner und Bosnier. Allerdings ist Serbokroatisch eine Kunstsprache, die sich aus Serbisch und Kroatisch zusammensetzt. Bis 1954 existierten Serbisch und Kroatisch als voneinander unabhängige Sprachen. Erst das Abkommen von Novi Sad 1954 erklärte sie zu einer Sprache.

Das Abkommen von Novi Sad erkennt beide Varianten als richtig an. Insofern gab es nie ein „Serbokroatisch“ als Hochsprache, das über dem Serbischen bzw. Kroatischen stand; man sprach entweder die eine Variante oder die andere. Heute wollen weder Serben noch Kroaten etwas von „Serbokroatisch“ hören, sondern sprechen ausschließlich von Serbisch bzw. Kroatisch und merzen alle Ausdrücke aus ihrer Sprache aus, die im Laufe der Jahrzehnte vom anderen Volk übernommen wurden.

Serbisch und Kroatisch sind sich sehr ähnlich; am ehesten lassen sie sich vielleicht mit Englisch und Amerikanisch vergleichen. Es gibt einige Unterschiede in Grammatik,

Wortschatz, Syntax und Aussprache; die Serben schreiben kyrillisch und die Kroaten lateinisch. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist die unterschiedliche Entwicklung des urslawischen Lautes „jat“: Bei den Kroaten ist daraus ein „ije“, „i“ oder „je“ geworden, während es bei den Serben ein reines „e“ ist. So heißt beispielsweise „Fluß“ auf Kroatisch *rijeka* und auf Serbisch *reka* oder „Lied“ kroatisch *pjesma* und serbisch *pesma*.

Makedonisch wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg als Sprache anerkannt, zugleich mit der Anerkennung der Makedonier als Volk im Zusammenhang mit der Schaffung der Republik Makedonien.

Zur Aussprache

- c = z (Cetinje = Zetinje)
- č = tsch (Četnik = Tschetnik)
- ć = (weiches) tjtsch (Milošević = Miloschewitjsch)
- dj = j wie Joe (Tudjman)
- š = sch (Ustaša = Ustascha)
- z = stimmhaftes s wie deutsch Sand (Zagreb)
- ž = französisches j wie Jean

Die Betonung liegt fast immer auf der ersten Silbe (Dübrovnik).

Alexandra Stiglmayer:
 Das Ende Jugoslawiens.
 Informationen zur politischen Bildung aktuell, Heft 1,
 1992, S. 7

Kontinuität der serbischen Kosovo-Politik

Repression als unheilvolle Tradition seit den Balkankriegen

Im Rückblick auf fast ein Jahrhundert serbisch-jugoslawischer Kosovo-Politik erscheint das derzeitige massive militärische Vorgehen Belgrads gegen die albanische Bevölkerung keineswegs als Ausnahme, sondern fast schon als Regel. Abgesehen von relativ kurzen Perioden herrschte rücksichtslose Unterdrückung vor.



Aufnahme vom März 1989: Nach antialbanischen Demonstrationen in Belgrad und Zusammenstößen zwischen Serben und Kosovo-Albanern patrouillieren Polizeifahrzeuge durch Pristina. (Bild Dukas)

Ekr. Schon vor der Eroberung Kosovos durch serbische und montenegrinische Truppen im ersten Balkankrieg (1912/13) hatten sich die Beziehungen zwischen Serben und Albanern entscheidend verschlechtert. Die expansionistische Politik des serbischen Staates zielte auf Gebiete, in denen Albaner lebten und zum Teil, wie eben in Kosovo, die Bevölkerungsmehrheit stellten. Lange Zeit der osmanischen Herrschaft gegenüber loyal gesinnt, weshalb sie in den Augen der Serben als Gendarmen des Sultans verrufen waren, strebten sie schliesslich als eines der letzten Balkanvölker ebenfalls nach einem eigenen Nationalstaat. Gerade Kosovo, für die Serben in nationalromantischer Verklärung «heiliger Boden», spielte mit der 1878 gegründeten Liga von Prizren eine wichtige Rolle für die albanische Nationalbewegung.

Gefühl der Überlegenheit

Es waren aber nicht nur die divergierenden nationalen Interessen und der religiöse Gegensatz, welche die Beziehungen zwischen den beiden Völkern belasteten. Hinzu kam das Gefühl kultureller und zivilisatorischer Überlegenheit, mit dem die Serben auf die Albaner als angeblich wildes Volk hinabblickten, das nicht einmal eine Nation sei. Den serbischen Ministerpräsidenten Vladan Djordjevic erinnerten die Albaner an halb-menschliche, auf dem Wege der Evolution stehengebliebene Wesen. Generell war die serbische Sicht der Albaner seit dem Ende des 19. Jahrhunderts rassistisch geprägt; dies scheint bis heute nachzuwirken.

Bereits im September 1913 reagierte die albanische Bevölkerung mit einem Aufstand auf die brutale Behandlung durch das serbische und montenegrinische Militär. Kaum hatten sich die Lebensbedingungen in den Jahren 1916-1918 unter der österreichischen Verwaltung, unter der das Gebiet nach der Eroberung Serbiens durch die Mittelmächte stand, gebessert, als 1918 die

serbische Armee zurückkehrte. Wiederum kam es zu Massakern; in der westlich von Pec gelegenen Rugovo-Schlucht wurden im Februar 1919 fünfzehn Dörfer durch Artilleriebeschuss zerstört. Viele flüchteten nach Albanien. 1920 führte die jugoslawische Armee sogar einen Feldzug gegen das Nachbarland, bei dem 157 Dörfer zerstört und über 700 Zivilisten getötet wurden. Das albanische Kosovo-Komitee organisierte den bewaffneten Widerstand. Die Guerillaaktionen der Freischärler machten der jugoslawischen Gendarmarie in allen von Albanern bewohnten Regionen Jugoslawiens (ausser Kosovo auch Mazedonien und Montenegro) erheblich zu schaffen.

Junik, in den jüngsten Kämpfen eine wichtige Basis der Befreiungsarmee Kosovo (UCK), diente bereits damals der albanischen Guerilla als wichtiger Stützpunkt. Nur mit Hilfe des albanischen Politikers Ahmed Zogu, der sich später zum König proklamierte, gelang es den jugoslawischen Behörden schliesslich, ihrer Herr zu werden. Zogu war ein Gegner des Kosovo-Komitees, das seine innenpolitischen Kontrahenten, in deren Reihen sich viele Kosovo-Albaner befanden, unterstützte. Nachdem er mit jugoslawischer Hilfe 1924 an die Macht zurückgekehrt war, schnitt er die Guerilla von ihrem aus Nordalbanien kommenden Nachschub ab. Einzelne Freischärlergruppen leisteten noch bis zum Ende der zwanziger Jahre Widerstand.

Erfolgslose Politik der Assimilierung

Anfangs glaubte man an die Möglichkeit, die Albaner zu assimilieren. Der serbische Ministerpräsident Nikola Pasic ging 1913 davon aus, dass dies innerhalb von 20 bis 25 Jahren zu verwirklichen sei. Schon vor der Eroberung Kosovos war ein grosser Teil der dortigen Albaner in serbischen Statistiken als «islamisierte Serben» ausgegeben worden. Offiziell gab es im Königreich Jugoslawien keine albanische Minderheit. Publikationen in albanischer Sprache waren verboten,

ebenso die Einfuhr von Büchern aus Albanien. 1918 wurden alle albanischen Schulen geschlossen, und das Serbokroatische wurde Unterrichtssprache; als Lehrer setzte man serbisch gesinnte bosnische Muslime ein, mit deren Hilfe man die albanischen Kinder zu Serben machen wollte. Die Erfolge waren äusserst bescheiden; zudem galt zuviel Bildung für die Albaner auch wieder als gefährlich, so dass ihnen als einzige Bildungseinrichtung schliesslich nur die sogenannten türkischen Schulen religiöser Prägung blieben. Es verwundert somit nicht, dass die Analphabetenrate damals bei 90 Prozent lag.

Um die demographischen Verhältnisse zu verändern, wurde 1920 ein Dekret zur Ansiedlung von Kolonisten erlassen. Diese waren sogar gegenüber den alteingesessenen Serben privilegiert. Sie durften bis zu 50 Hektar Land besitzen, staatliche oder in Gemeindebesitz befindliche Wälder und Weiden unentgeltlich nutzen; sie waren ausserdem drei Jahre lang von Steuern befreit. Der Staat hatte sich bereits genügend Land angeeignet, um diese Siedler auszustatten. Rechtstitel aus osmanischer Zeit wurden häufig nicht respektiert, der Besitz von ausser Landes gegangenen Personen wurde konfisziert, Enteignungen schlecht entschädigt. Auch die Agrarreform von 1932 wurde benutzt, um den albanischen Grundbesitz zu reduzieren. Umgekehrt wurde in den dreissiger Jahren die Grösse albanischen Landbesitzes stark eingeschränkt, um den Druck zur Auswanderung zu erhöhen. Tatsächlich ging der albanische Anteil an der Bevölkerung Kosovos von 65,8 Prozent (1921) auf 54,4 Prozent (1939) zurück, während sich jener der Serben und Montenegriner von 21,1 Prozent auf 33,1 Prozent erhöhte.

Doppelt verdächtigt

Nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch die Achsenmächte 1941 wurde der grösste Teil der Region von der italienischen Besatzungsmacht dem neugeschaffenen Grossalbanien angeschlossen. Die serbischen Kolonisten und Beamten wurden ausgewiesen und konnten nach dem Krieg nur zum Teil zurückkehren. Im kommunistischen Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage der Albaner jedoch anfänglich kaum besser. Titos Partisanen hatten in Kosovo einen schweren Stand gehabt. Im Herbst 1944 wurde die neue Macht zudem mit einer albanischen Erhebung konfrontiert, die erst im Frühjahr 1945 niedergeschlagen werden konnte; bis zum Beginn der fünfziger Jahre dauerte der bewaffnete Widerstand an. Waren die Kosovo-Albaner zuerst nur mit dem Odium der Konterrevolution behaftet, so galten sie nach dem Kominform-Konflikt von 1948, bei dem sich Albanien zum Jugoslawienfeindlichen Lager geschlagen hatte, gleich als doppelt verdächtig.

Die Autonomie Kosovos bestand lediglich in lokaler Selbstverwaltung. Es gab weder ein eigenes Parlament noch ein Oberstes Gericht wie in der Autonomen Provinz Vojvodina. Der grossserbisch gesinnte Geheimdienstchef Rankovic überwachte argwöhnisch die albanische Bevölkerung; selbst über albanische KP-Funktionäre wurden Dossiers angelegt. Erst 1966 wurde Rankovic gestürzt, weil er sogar für Tito zu einer Gefahr geworden war. Nach Unruhen in Kosovo Ende 1968, die auch auf die in Mazedonien lebenden Albaner übergriffen, wurde 1969 durch eine Änderung der jugoslawischen Verfassung das Verhältnis zwischen der Republik Serbien und der nun Autonomen Provinz Kosovo neu definiert: Letztere erhielt de facto, wenn auch nicht de iure, den Status einer jugoslawischen Teilrepublik.

Nun waren es tatsächlich die Albaner, die Kosovo dominierten. Seit den sechziger Jahren hatte sich die Demographie der Provinz drama-

tisch zu ihren Gunsten zu verändern begonnen. Bis dahin war das zahlenmässige Verhältnis zwischen den beiden ethnischen Gruppen weitgehend stabil gewesen, nun erhöhte sich der albanische Bevölkerungsanteil markant von 67,2 Prozent (1961) auf 73,7 Prozent (1971), während der Anteil der Serben und Montenegriner gleichzeitig von 27,5 Prozent auf 20,9 Prozent fiel. Dies lag keineswegs allein an einer höheren Geburtenrate der Albaner, sondern auch daran, dass viele Serben aus wirtschaftlichen Gründen dem unterentwickelten Kosovo den Rücken kehrten. Als die Albaner dann in den siebziger Jahren in Verwaltung und Partei eine führende Rolle übernahmen, war dies für viele Serben ein weiterer Grund, Kosovo zu verlassen; teilweise übten Albaner nun ihrerseits Druck aus. So wanderten von 1971 bis 1981 rund 100 000 Serben und Montenegriner ab; 1981 stellten die Albaner 77,4 Prozent, Serben und Montenegriner 14,9 Prozent.

1981 begehrten die Albaner auf; sie forderten, Kosovo zu einer Teilrepublik innerhalb Jugoslawiens aufzuwerten. Heute, fast zwanzig Jahre später, ist davon keine Rede mehr; nun geht es um die vollständige Unabhängigkeit. Die Belgrader Führung unter dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic, bei dessen Aufstieg die Instrumentalisierung der Kosovo-Frage eine entscheidende Rolle spielte, ist ihrerseits seit dem Ende der achtziger Jahre zur alten serbischen Politik brutaler Repression zurückgekehrt. Auch wenn ein Ende der serbischen Herrschaft im Moment noch in der Ferne zu liegen scheint, so dürfte die Unterdrückungspolitik Belgrads in letzter Konsequenz genau das zur Folge haben, was sie verhindern wollte, nämlich ein rein albanisches Kosovo, in dem keine Serben mehr leben.

NZZ 25.8.98

Das alte, neue Pulverfaß Europas

Explosives Gemenge von Völkern, Religionen und Kulturen

Jahrhundertealte Konflikte auf dem Balkan brechen wieder auf
Haß und Vorurteile erschweren friedensstiftende Kompromisse

Von Imanuel Geiss

Das Parlament

Nr. 10-11 28. Februar/6. März 1992

1912/13) brachten eine Renaissance des Massakers an unbeteiligter Zivilbevölkerung — Orthodoxe gegen Muslims, Muslims gegen Orthodoxe, orthodoxe Serben gegen orthodoxe Bulgaren, im Zweiten Weltkrieg katholische Kroaten gegen orthodoxe Serben, 1945 dann im Gegen-schlag orthodoxe Serben gegen katholi-sche Kroaten.

Das ist der doppelte Blutgraben, der seitdem endgültig die beiden an sich sprachlich so nahestehenden Völker von-einander trennt, — auch unter dem äu-ßeren Firnis eines angeblich proletarisch-internationalistischen Kommunismus. Gemäß dem älteren Prinzip der Blutrache brechen jetzt alte Wunden wieder auf, werden ältere, unbewegliche Rechnun-gen gerächt. Unterdrückte Komplexe wurden nie ehrlich und rational behan-delt, z. B. durch eine dann — im besten Fall — therapeutisch wirkende redliche Aufarbeitung durch die Geschichtswis-senschaft, sondern sie rumorten im Untergrund der Nationalseelen kollektiv und vergiftend weiter. Ihre traumatische Erfahrung mit den Kroaten im Zweiten Weltkrieg erklärt vielleicht subjektiv die sonst unerfindliche Angst der orthodoxen Serben vor der ihnen angeblich drohen-den genozidalen Auslöschung, die objek-tiv im demokratischen Europa von 1991 unberechtigt erscheint.

Soziale Enthauptung und historische Nostalgie

Ein weiterer Grund für den jüngsten Amoklauf der serbischen Führung ist noch in einer anderen traumatischen Erfahrung der Serben im Spätmittelalter zu suchen: Nach dem Sieg der muslimi-schen Osmanen in den beiden Schlachten auf dem Amsfeld 1389 und 1448 sowie der Eroberung Bosniens (1463) und der Herzegovina (1483) trat der überlebende serbische Adel geschlossen zum Islam über, um sich seine Privilegien zu erhal-ten. Die Serben waren seitdem sozial und kulturell gleichsam geköpft. Sie konnten nur als kulturell und sozial führungslose Bauernbevölkerung überleben, zusam-mengehalten durch eine nun in der Tat volksnahe, bäuerliche orthodoxe Kirche. In den Befreiungskriegen seit dem Serbi-schen Aufstand von 1804 mußten die Serben daher eine eigene moderne Füh-rungsschicht aus sich selbst heraus bil-den, gleichsam im Gehen, wie Münch-hausen, der sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog.

So werden zwei Momente, die eigent-lich erst der innerjugoslawische Bürger-krieg richtig plakatiert, für alle Welt schmerzhaft sichtbar — das Übergewicht des Militärs in der serbischen Gesell-schaft und das Fehlen von Traditionen für den zivilen Umgang mit Macht. Vielleicht mehr als irgendwo sonst in Europa hat die Armee das moderne Serbien, später Jugoslawien zum Nationalstaat gemacht. Vom Serbischen Aufstand 1804 über die Geheimorganisation „Schwarze Hand“ und ihren Kampf um die Kontrolle der 1912/13 neuerobernten Gebiete (Makedo-nien, Kosovo) zieht sich eine Linie bis zu Titos Partisanenkrieg im Zweiten Welt-krieg. Heute kämpft die serbisch domi-nierte „Bundes“- oder „Volks“-armee nur noch um ihr Überleben in einem mög-lichst großen „Groß-Serbien“, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Schließlich läßt sich am Kosovo im Süden ein Konflikt erklären, den man mit historisch-nationaler Nostalgie um-schreiben könnte: Das Amsfeld war einst Keimzelle des mittelalterlichen Ser-bien gewesen. Andererseits erlitten die Serben hier ihre für sie dreifach traumati-sche Niederlagen gegen die Türken: Sie gerieten unter die Herrschaft des Osmani-schen Reiches, als Vasallenstaat 1389, als osmanische Provinz 1448. Die türkische Herrschaft hielt sich bis 1878. In dem knapp halben Jahrtausend wirkten sich natürlich türkische Einflüsse aus: Wenn Kroaten ihre serbischen Sprachgenossen tödlich beleidigen wollen, nennen sie sie „Türken“.

Hochexplosiv ist die Bindung der Ser-ben an den Kosovo Polje: Die Serben räumten es schrittweise nach ihren Nie-derlagen von 1389 und 1448, während Albaner aus dem Süden nachrückten. Sie machen heute 90 % der Bevölkerung aus. Geliebten aber sind im Kosovo „heilige“ Stätten der Serben, kirchliche wie weltli-che, die sie an ihre mittelalterlichen Ursprünge erinnern. Es blieb der Wille, die heute überwältigend albanische Pro-vinz mit allen Mitteln für ein erneuertes Groß-Serbien zu behaupten. Die Autono-mie, die Tito dem Kosovo (wie der teilwei-se ungarisch besiedelten Vojvodina) ge-währt hatte, hob das post-titoistische Ser-bien 1989 wieder auf und organisierte zum Gedenken der ersten Schlacht auf dem Amsfeld am 28. Juni 1989 eine gigantische Millionendemonstration im Kosovo, entschlossen, am Boden ihrer Ahnen um jeden Preis festzuhalten.

Nationaler Vergleich der Balkan-Völker

Das lateinischgeprägte Ungarn ist im Norden des hier als „Balkan“ abgekürz-ten Südosteuropa national ähnlich homo-gen wie im Süden das orthodoxe Grie-chenland. Nach dem Schock des Volks-aufstandes von 1956 und seiner gewaltsa-men Niederwalzung durch die UdSSR setzte sich, wie so oft in der Geschichte, das unterlegene Prinzip hinter dem Rük-ken der Sieger dialektisch doch allmäh-lich durch: Ungarn eröffnete als Vorreiter von Reformen die Hinwendung zum Westen und öffnete im kommunistischen Osten nicht zufällig im August 1989 seine Grenze zu Österreich und damit den Weg für viele Flüchtlinge aus der DDR.

Mit westlicher Hilfe könnte Ungarn am ehesten die schmerzhafteste Umstellung zum freien Markt und zur parlamentari-schen Demokratie schaffen. Sollten die kompakten ungarischen Minderheiten in der Slowakei, in Rumänien (Siebenbürgen) und Serbien (Voivodina) nicht drangsaliert werden, so könnte Ungarn auch ethnisch-national einen Beitrag zur Stabilität durch freies Wirtschaften und Demokratie leisten. Verschärft sich aber die Lage ungarischer Minderheiten, so ist mit dem Wiedererwachen einer ungarischen Irredenta, gar eines großungari-schen Chauvinismus zu rechnen.

Slowenien hätte als kleiner, ethnisch so gut wie homogener Nationalstaat und wegen seiner 1 000jährigen Verbunden-heit mit den Deutsch/Österreichern (seit dem Mittelalter als Herzogtum Krain) eine gute Chance, seine westliche Wirt-schafts- und Sozialstruktur weiter zu ent-

wickeln, wenn man es nur läßt. Nicht zufällig haben die großserbischen „Jugo-slawen“ seit dem offiziellen Ende des Kommunismus Slowenien nach verhält-nismäßig kurzen Kämpfen politisch frei-gegeben.

Kroatien und Serbien Bosnien-Herzegovina Makedonien

Sehr viel schwieriger ist die Lage Kroatiens. Seine historischen Grenzen, wie sie sich seit der Eroberung Bosniens 1463 und der Herzegovina 1483 heraus-gebildet haben, sind so gut wie nicht zu verteidigen und folgen keinem nationalen Prinzip: In Kroatien leben viele Serben, zugleich viele Kroaten außerhalb Kroati-ens, vor allem in Bosnien-Herzegovi-na. Die Weigerung des neuen Kroatiens, von Anfang an und unmißverständlich Garantien für seine Minderheiten zu geben, steht am Anfang des serbisch-kroatischen Krieges. So hatten groß-serbische Chauvinisten leichtes Spiel, den Genozid-Komplex ihrer Landsleute in Kroatien gegen die pauschal als „Ustascha-Faschisten“ verleumdete Kroaten zu mobilisieren, mit buchstäb-lich verheerenden Wirkungen.

Beiderseits vereinbarte Grenzverände-rungen mit der Einbeziehung kompakter Minderheitsgebiete in Serbien bzw. Kroatien und friedlich-vereinbarten Um-siedlungen wären wohl die rationalste Lösung gewesen. Die inzwischen einge-tretenen Zerstörungen und Fluchtbewe-gungen machen sie vielleicht zur einzig übrigbleibenden Alternative. Wenn mög-lich, wären bei dieser Gelegenheit auch die übrigen Minderheitenprobleme des früheren Jugoslawien zu regeln, vor allem der Voivodina und des Kosovo: Entweder wirkliche Autonomie innerhalb Serbiens (oder eines wie auch immer gearteten verkleinerten Jugoslawien) oder nationa-le Selbstbestimmung für Ungarn und Albaner, notfalls unter Anschluß an den jeweiligen Nationalstaat, — dann aller-dings mit entsprechenden Autonomie-rechten für die neuen Minderheiten der Serben.

Das größte Hindernis liegt jedoch in Bosnien-Herzegovina. Dort gibt es kom-pakte serbische und kroatische Gebiete, die den Anschluß an Serbien und Kroa-tien suchen. Was aber geschähe dann mit den muslimischen Bewohnern Bosniens und der Herzegovina? Sollten serbisch-orthodoxe Chauvinisten sie als Nach-kommen der „Verräter“ von 1389 und 1448 entdecken, so wäre ein neuer Geno-zid im Herzen des Balkans vorprogram-miert. Ohne allseitig guten Willen könnte Bosnien-Herzegovina zu dem avancie-ren, was es 1878—1918 für die Donaumo-narchie gewesen war, zur entscheidenden kritischen Explosionsmasse für einen Vielvölkerstaat in seiner Agonie, nämlich für das sterbende Jugoslawien. Sarajevo ist die Hauptstadt von Bosnien-Herzego-vina!

Ethnisch-kulturell-religiös-national noch diffuser ist das bisher jugoslawische Makedonien, das nie einen eigenen Staat bildete und daher auch keine eigene nationale Identität herausbilden konnte. Mit den sich überschneidenden „histori-schen“ Ansprüchen von gleich drei Nach-barn und Teilungsmächten (Griechen-

land, Bulgarien, Serbien) war es seit der Großen Orientkrise 1875—1878 und ihrer oberflächlichen Lösung auf dem Berliner Kongreß von 1878 der klassische Zankapfel zwischen drei neuen Nationalstaaten und provozierte schon mehrere Balkankriege. Annexionsgelüste nur einer der drei Teilmächte könnten den nächsten Balkankrieg auslösen.

Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland

Ein Alptraum an Komplikationen für sich ist Rumänien. Durch seine Minderheiten (Siebenbürgen/Transsylvanien) ist es nach Westen mit dem (vorläufig noch ruhenden) ungarischen Vulkan, nach Osten durch das auf Anschluß drängende Moldawien (Beßarabien) mit dem sich abzeichnenden Chaos der Ex-UdSSR verknüpft. Ähnlich wie durch Jugoslawien geht die Grenze zwischen Latinität und Orthodoxie mitten durch Rumänien — westlich der Karpathen leben die ohnehin lateinischgeprägten Minderheiten (Ungarn, Deutsche). Aber kirchlich-religiös, und damit letzten Endes doch ausschlaggebend, sind die Rumänen durch die Zugehörigkeit zur Orthodoxie geprägt.

Bulgarien, traditionell am stärksten rußlandfreundlich auf dem Balkan, hat ähnliche Mühe wie Rumänien, sich aus dem Debakel des Kommunismus zu retten. Von Ferne gesehen erscheint als sein größtes internes Problem die substantielle türkische Minderheit. Nur ehrliche Autonomie könnte die so leichtfertig zugefügten Wunden der Vergangenheit wieder heilen. Nach außen müßte sich Bulgarien aller „historischen“ Ansprüche enthalten — Dobrudscha gegen Rumänien, und das „herrenlos“ gewordene Makedonien. Sonst könnte Bulgarien die Lunte zum schon beschworenen 3. Balkankrieg legen, mit sicher auch für Bulgarien katastrophalen Folgen.

Am weitesten in seiner xenophobischen Abschließung und in der Praktizierung eines staatlichen Atheismus war das kommunistische Albanien gegangen. Als ohnehin am wenigsten entwickeltes Balkanland stürzte es 1990 entsprechend tief auf das Niveau eines Vierte-Welt-Landes ab: Hungeraufstände und Massenflucht waren die logische Folge. Die Albaner sind zwar überwiegend Muslims, weisen jedoch auch erhebliche Minderheiten von Orthodoxen und Katholiken auf.

Bleibt schließlich Griechenland, auf dem Balkan ein Unikum, sozusagen ein historischer Irrläufer: Als Wiege der klassischen griechischen Kultur und als staatliche Verkörperung der griechischen Orthodoxie par excellence gehört es gleichwohl zur sonst lateinischen EG. Gleichzeitig hegt es historisch starke Sympathien für Rußland, die sich auch auf die kommunistischen und sozialistischen Parteien des demokratischen Griechenland übertrugen. Mit dem Ende des Kalten Krieges fällt eine besondere Klammer der Bindung an den Westen fort; eine Verwicklung in Regionalkonflikte (z. B. Makedonien) zieht das Land weiter in die Wirren des Balkans. Der stets latente Konflikt mit dem ungeliebten NATO-Partner Türkei könnte der völligen Re-Balkanisierung des orthodoxen Griechenland den Rest geben.

Chance in demokratischer Kompromißfindung?

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat den riesigen Konfliktraum „Balkan“ wieder freigesetzt. Das berüchtigte „Pulverfaß Europas“ wird zum großen Schmelztiegel, in dem alles möglich wird — Kriege wie im untergehenden Jugoslawien, Fluchtbewegungen, Umsiedlungen, Massaker, Grenzveränderungen, territoriale Umgruppierungen, Mobilisierung — angeblich oder wirklich — verfolgter Minderheiten als staatssprengende Irredenta — Kriege (fast) aller gegen (fast) alle.

Im Augenblick nur schwer vorstellbar. Alle Beteiligten enthalten sich selbstzerstörerischer Hegemonialträume, gestützt auf „historische“ Ansprüche irgendwo und irgendwann. Gleichberechtigung und Demokratie für Minderheiten, umgesetzt in abgestuften Formen kultureller und politischer Autonomie, lokaler bis regionaler Reichweite, wären Voraussetzung für jede friedlich-schiedliche Lösung des Knäuels von Problemen. Vor allem aber müßten die postkommunistischen Nachfolgestaaten eine Lehre aus ihrer blutigen Geschichte ziehen: Sie müßten auf die Anwendung der Jakobinerformel — „la nation une et indivisible“ („die eine und unteilbare Nation“ — verzichten, denn sie führte nur zur selbstmörderischen Zwangsassimilation unterdrückter Minderheiten, die dagegen mit Widerstand reagieren.

Ohne Hilfe, aber auch Intervention von außen, wie sie sich jetzt mit der Entsendung einer UN-Friedenstruppe ins umkämpfte Kroatien abzeichnet, ist gegenwärtig keine konstruktive Lösung in Sicht. Das ist keine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Landes, sondern Konsequenz aus den KSZE-Verträgen und der Unterzeichnung der UN-Menschenrechte durch Jugoslawien, deren bindende Kraft auch für Serbien, dem größten Nachfolgestaat Jugoslawiens, gelten muß.

Eine delikate Aufgabe für die Deutschen

Die zögerliche Präferenz für das lateinische Slowenien und Kroatien hat im Falle Deutschlands und Österreichs nichts mit der Expansion eines „Vierten Reiches“ zu tun, zumal das Argument am schrillsten von Serbien kommt, das damit von seinen eigenen Imperialen ablenken will. Dennoch müssen sich Deutsche und Österreicher ihrer historischen Belastungen bewußt bleiben. Sie müssen ein Maximum an möglicher Objektivität auch gegenüber den Serben aufbringen und selbstkritisch die nun wirklich imperiale Rolle Deutschlands in zwei Weltkriegen, gerade auch auf dem Balkan, bedenken. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, auch Serbien, so es das wünscht, in ein europäisches Wiederaufbauprogramm einzubeziehen, setzt einen konstruktiven Anfang.

Generell könnte die europäische Schadensbegrenzung und der Beginn zur Sanierung am leichtesten vom Norden

und Westen her einsetzen, um den Schmelzbrand erst einmal einzudämmen, damit er nicht noch weiter um sich greift: Ungarn und Slowenien wären am leichtesten wieder aufzubauen. Die Konsolidierung Kroatiens und Bulgariens wären wichtige weitere Schritte.

Vielleicht hilft eine moderne Erneuerung und Fortentwicklung des Berliner Kongresses von 1878 unter EG- oder UN-Auspizien jetzt am besten als europäische Dauereinrichtung, so lange das Pulverfaß Balkan eben noch glimmt. Dessen Regelungen waren einst für bestenfalls fünf Jahre gedacht gewesen. Jetzt ginge es darum, mit den Erfahrungen seit über einem Jahrhundert einen neuen Anfang zu machen, der auf Dauer angelegt sein muß. In einem mühsamen und geduldigen Prozeß wären Kompromisse für alle Kontrahenten unvermeidlich. Kompromisse wären aber immer noch billiger als selbstzerstörerische Konflikte, wie sie Kroatien und Serbien vorführten. Sie wären nur Vorspiel zu Mehr und Schlimmerem, wenn es nicht gelingt, die jüngsten negativen Erfahrungen positiv für alle Beteiligten zu wenden. ●



Sarajewo, die bosnische Hauptstadt — ein Symbol für die (religiöse) Vielfalt des Balkans: Minarett und Moschee neben dem christlichen Campanile (links außen). Das verlangt Toleranz auf engstem Raum; bisher glückte es noch leidlich.

Herrschaft und Hysterie

Richard Wagner lockert den gordischen Knoten des Balkans

Der Balkan ist offenbar auch nicht mehr das, was er einmal war. Fand das westeuropäische Selbstbewusstsein traditionellerweise in seinem schmutzigen Hinterhof, was es in seiner Imago von der eigenen zivilisatorischen Vortrefflichkeit selbst nicht sein wolle, so muss es sich heute über den Atlantik bemühen – in grassierendem Antiamerikanismus und mit zweifelhaftem Erfolg, wie die nostalgischen Versuche mancher Intellektueller zeigen, den Status quo ante 1989 als zukunfts-trächtiges «Kerneuropa» zu verkaufen. Nicht, dass das hässliche Gesicht des Balkans schöner geworden wäre. Doch scheint Westeuropa spätestens seit der militärischen Intervention in Kosovo begriffen zu haben, dass der Balkan mehr mit ihm zu tun hat, als es lange Zeit zu denken bereit war. Heute genügt es nicht mehr, selber gut und geschichtlich geläutert zu sein. Im Zeitalter der Globalisierung, wo die Räume sich öffnen und die Zukunft sich nach Osten verschiebt, schlägt das Andere auf Europa zurück. «Nie wieder Auschwitz» muss daher auch heißen: «Nie wieder Sarajewo» – in doppeltem historischem Sinn. Denn wiederholt hat das politische «Pulverfass» Balkan in der Geschichte Feuer gefangen und die Ordnung des Kontinents gesprengt.

Feindeslogik

Der Kalte Krieg hatte die Probleme lange verdeckt. Der Balkan war niemals ein wirklich politisch gefestigtes, geschweige denn befriedetes Gebilde gewesen. In der Feindeslogik des West-Ost-Konflikts wurde das Verhalten der einzelnen Länder gegenüber der Sowjetunion zum Massstab aller Wahrnehmung. Je nachdem sah man über vergangene oder gegenwärtige Untaten hinweg. Niemand hatte nach 1945 mit den Deutschen als ethnischer Gruppe so gnadenlos abgerechnet wie die Partisanen Titos – dennoch avancierte Jugoslawien (überhöht durch die populären Winnetou-Filme) zum deutschen Billig-Ferienparadies. Nachdem sich Ceausescu 1968 geweigert hatte, an der Seite der Sowjets in Prag einzumarschieren, galt Rumänien für lange Zeit als Hort kommunistischer Liberalität. Umso verwunderter rieb man sich dann hierzulande die Augen, als die Potentaten stürzten und das trügerische Gleichgewicht der Völker zusammenbrach.

Es war der (nie verschwundene) Nationalismus, der in Südosteuropa nach 1989 die mentale und ideologische Leere zu füllen begann, und mit ihm kamen auch die alten Balkanhysterien zurück, die Ängste und Kränkungen, Aggressionen und Wahnvorstellungen. Die grösste menschliche Katastrophe in Europa seit 1945 war die Folge. Mittlerweile scheinen sich die schlimmsten destruktiven Energien in Ex-Jugoslawien erschöpft zu haben, ist Ernüchterung eingekehrt selbst unter denen, die sich das Heil von der nationalen Selbstbestimmung erhofften.

Die Wirklichkeit im Südosten Europas ist verwirlich selbst für den, der mehr damit verbindet als Unterentwicklung und Korruption, Bürgerkrieg und Vertreibung. Umso interessierter nimmt man einen Band Richard Wagners zur Hand, der distanzierte Aussensicht mit intimer Nähe, historische Sachkenntnis mit persönlicher Stellungnahme verbindet. Der rumäniendeutsche Schrift-

steller, 1952 geboren im Banat, 1987 auf Grund eines Arbeits- und Publikationsverbots nach Deutschland ausgewandert, stellt in seinem Buch «Der leere Himmel. Reise in das Innere des Balkan» Fragen, die ins Zentrum der Problematik führen. Wie virtuos sich der Autor zwischen Fakten und Mentalitäten, Ideologien und Mythologien bewegt, machen Kapitelüberschriften deutlich wie «Wo der Balkan anfängt», «Der gescheiterte Kapitalismus», «Wie der Nationalkommunismus erfunden wurde». Zu historisch breiten Synthesen hinzu kommen Fokussierungen auf geographische Mikrokosmen (wie das Banat), aber auch thematische Komplexe wie «Jüdische Episoden», «Die albanische Frage», «Balkanislam». Dem Kloster als Hort der Orthodoxie, der unseligen Tradition des Freischärlertums und der Kluft zwischen Sippe und Staat, Stadt und Land sind eigene Betrachtungen gewidmet. Erinnerungen, Beobachtungen und Anekdoten machen die Lektüre auch zu einem literarischen Genuss.

Die fundamentalen Fragen, die sich aus der Überschneidung dreier Kulturen: des katholisch-protestantischen Abendlands, des orthodoxen osteuropäisch-russischen und griechisch-balkanischen Raums und des türkisch-islamischen Vorderasien, stellen, können hier nur angedeutet werden. Da ist zum einen das byzantinische Erbe eines Weltbilds, das durch die Zeitlosigkeit des Glaubens geprägt war – um den Preis einer «dünnen ideellen Verankerung im Diesseits». Was den Staat betraf, waren das byzantinische Konstantinopel wie das Osmanische Reich «starre orientalische Despotien» – ein Unheil, das sich auf dem Balkan fortsetzte. Im Unterschied zum westeuropäischen Mittelalter fehlte hier ein verbindendes kollektives Projekt. Durch die Fixierung auf die Sippe blieben alle gesellschaftlichen Konstruktionen «weiche Gebilde». Die Installierung einer regionalen Hegemonialmacht scheiterte, die Entwicklung des Rechts stagnierte, und die eigene Identitätsprägung blieb gering. So war es den Imperien stets ein Leichtes, in den Balkanraum einzudringen.

Die Moderne – eine Episode

Den Balkanländern fehlen 500 Jahre europäische Entwicklung von Bürgersinn, Rechtsstaat und Gewaltentrennung. Als es im 19. Jahrhundert auf Grund der Schwäche der Osmanen zur Unabhängigkeit und Nationalstaatsgründung kam, sahen die Völker sich gezwungen, nach dem Rezept westlicher Romantik eine gloriose Vergangenheit zu erfinden. Fortan wird es ihnen darum gehen, das jeweilige Nationalepos Realität werden zu lassen (Serbien den Amselfeld-Mythos). Im Bann einer erträumten Vergangenheit entstehen politische «Formen ohne Inhalte». Angesichts der Schwäche der Staatsgewalt entwickelt sich die orthodoxe Kirche zum «Ersatzstaat», wobei sich deren nationale Eigenständigkeit durch-

setzt. Die fehlende Trennung von Kirche und Staat wirkt als Blockade gegen die Moderne.

Diesem Prozess vermochten sich jene Balkanstaaten (wie Slowenien, Kroatien, Teile Rumäniens) zu entziehen, die in den Einflussbereich des Katholizismus und unter die Herrschaft Habsburgs kamen. Im institutionellen Schutz des k. u. k. Staates konnte sich zumindest in Provinzstädten (wie Temeswar oder Novi Sad) mit ihrer ethnisch gemischten Bevölkerung eine aufgeklärte Modernität und bürgerliche Urbanität entwickeln, die bis heute nachwirkt. Träger dieser mitteleuropäischen Kultur war insbesondere das assimilierte Judentum, und die Peripherie erwies sich als Talentschmiede für die europäischen Metropolen Wien, Berlin und Paris. Paradoxe Weise sollte dem Imperium gerade seine Liberalität zum Verhängnis werden, denn im Schoß des Kosmopolitismus entwickelte sich auch jener fanatische slawische Nationalismus, der, von Russland tatkräftig unterstützt, mit dem Attentat von Sarajewo zum Auslöser des Ersten Weltkriegs wurde.

Die Zerschlagung des Habsburgerreiches und die Gründung Grossrumäniens sowie Jugoslawiens in den zwanziger Jahren koppelte weite Teile Südosteuropas vor mitteleuropäischen Raum und unterwarf die Region einer Balkanisierung, die nach 1945 durch den Eisernen Vorhang befestigt und unter dem Kommunismus vertieft wurde. Gesellschaftliche Kräfte, welche die Entfaltung der Moderne gefördert hatten, verkümmerten, stattdessen wurde (entsprechend der Schwäche der neuen Zentren Belgrad und Bukarest) der Zentralstaat inthronisiert, um das Machtvakuum zu schliessen und die heterogenen Teile zusammenzuhalten. Es hebt die faschistische Zeit der starken Männer an, die die Dinge freilich nicht in den Griff kriegen. Zwischen Kollaboration der Abtrünnigen und dem Widerstand der Geschwächten haben die Deutschen 1941 auf ihrem Balkanfeldzug leichtes Spiel. Sie waren es, die den jüdischen Geist Mitteleuropas im Holocaust fast ganz auslöschten und darüber hinaus dem Kommunismus (nach dem Debakel der Zwischenkriegszeit) eine zweite Chance ermöglichten.

Die Imperien sind gekommen und gegangen auf dem Balkan. Sie haben vieles verhindert, doch auch das meiste erst abgestossen. Rom hat die Strassen, Venedig den Seehandel, Österreich die moderne Verwaltung und das europäische Recht zurückgelassen. Weniger segensreich war die Türkenherrschaft. Der Staat als Instrument gesellschaftlicher Befriedung und sozialen Ausgleichs ist auf dem Balkan schwach wie eh und je. Heute steht mit der EU ein neues Reich vor, ja militärisch bereits hinter den Toren. Grössenwahn und Verzweiflung haben diese europäische Peripherie immer wieder in den Abgrund geführt. Jetzt käme es für den Balkan darauf an, an Europa Mass zu nehmen. Vielleicht ist ja die kalte Brüsseler Umverteilungsmaschinerie nicht das schlechteste Mittel, die hitzigen Gemüter auf dem Weg in die nachgeholte Moderne in Zaum zu halten.

Andreas Breitenstein

Richard Wagner: Der leere Himmel. Reise in das Innere des Balkan. Aufbau-Verlag, Berlin 2003. 334 S. mit sechs Landkarten und einer Zeittafel, Fr. 34.60.

NZZ 18.6.03

Stationen in der bewegten Geschichte der Völker Jugoslawiens

- Um 600. Eindringen slawischer Stämme in das Gebiet des heutigen Jugoslawien.
932. Königreich Kroatien, kommt 1002 zum katholischen Ungarn.
- 1331–55. Serbisches Reich unter Zar Stefan Dusan, griechisch-orthodox. Zerfällt nach dessen Tod.
1389. 28. Juni. Vidovdan: Schlacht auf dem Amsfeld. Die Türken besiegen und unterwerfen Serbien.
1526. Schlacht von Mohacs. Die Türken erobern den Osten Ungarns. Der Westen mit Kroatien fällt an die Habsburger. Beginn der Kontroverse zwischen Österreich und der Türkei um den Balkan. Türkenkriege: 1663/64, 1683–99, 1717–19, 1736–39.
1699. Friede von Karlovac. Ostungarn fällt an Habsburg.
1739. Friede von Belgrad. Österreichs Vordringen nach dem Balkan wird gestoppt. Schaffung der Militärgrenze als Schutzzone gegen die Türken. Ansiedlung von Serben und Kroaten, die als privilegierte Wehrbauern türkische Angriffe abwehren sollen.
- 1804–13. Serbischer Volksaufstand unter Anführung Karadjorges gegen die Türken.
- 1815–17. Serbischer Volksaufstand unter Führung von Milos Obrenovic. Anfang der blutigen Kontroversen der Familien Karadjorge und Obrenovic.
1817. Bildung eines autonomen Fürstentums Serbien (Schutzmacht Russland) bei Fortdauer der türkischen Oberhoheit. Steter Wechsel der Dynastien zwischen den Obrenovic und den Karadjorge.
- 1830/40. Schaffung der serbokroatischen Schriftsprache, die zum Bindeglied zwischen den Südslawen wird. Entstehen eines südslawischen Nationalismus.
1868. Ungarisch-kroatischer Ausgleich: weitgehende Autonomie Kroatiens.
1868. Milan Obrenovic wird Fürst von Serbien.
- 1877/78. Niederlage der Türkei im Krieg gegen Russland. Friedensregelung durch den Berliner Kongress: Volle Unabhängigkeit und Gebiets-erweiterungen für Serbien. Österreich übernimmt die Verwaltung von Bosnien und Herzegowina. Verschärfung der Spannungen zwischen Serbien und Österreich.
1882. Serbien wird Königreich.
1889. Absetzung König Milans. Nachfolger wird sein Sohn Alexander.
- Um 1900. Starkes Anwachsen der von Russland aus Gegnerschaft zu Österreich geförderten südslawischen Nationalbewegung in Serbien und der Doppelmonarchie.
1903. Ermordung König Alexanders durch serbische Offiziere, die gegen den österreichfreundlichen Kurs des Herrschers sind. Peter I. Karadjorge wird König. Anlehnung Serbiens an Russland. Langjährige Ministerpräsidentenschaft des Grossserben Pasic (1904–26).
1908. Österreich annektiert Bosnien. Schwere internationale Krise. Weitere Zuspitzung des Konfliktes zwischen Österreich und Serbien. In Serbien bilden sich konspirative Gruppen (Schwarze Hand) zur Befreiung der Südslawen in der Doppelmonarchie.
- 1912/13. Balkankriege. Die Türkei wird aus Europa verdrängt.
1914. 28. Juni: Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch einen südslawischen Nationalisten in Sarajewo wird Anlass zum Ersten Weltkrieg.
1918. 1. Dezember: Niederlage Österreichs und Auflösung der Doppelmonarchie. Proklamation des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen.
1921. 28. Juni: Verfassung des neuen Königreiches (Vidovdan-Konstitution). Schaffung zentralistischer Strukturen, die den Serben in Militär und Verwaltung ein Übergewicht garantieren. Spannungen zwischen Serben und Kroaten. Aussenpolitisch lehnt sich Südslawien an Frankreich und die Kleine Entente mit Rumänien und der Tschechoslowakei an.
1921. Tod König Peters. Nachfolger wird sein Sohn Alexander.
1924. Ausgleich mit Kroatien. Der Führer der kroatischen Bauernpartei, Radic, tritt in die Regierung ein.
1928. Radic und zwei andere kroatische Abgeordnete werden im Parlament ermordet. Demonstrationen und Unruhen in Kroatien.
1929. König Alexander hebt die Verfassung auf. Königsdiktatur. Umbenennung des Königreiches in Jugoslawien. Gründung der extremistischen kroatischen Ustascha.
1931. Neue Verfassung bringt Lockerung der Diktatur.
1934. Ermordung König Alexanders.
1939. Ausgleich mit den Kroaten.
1941. Nach Anschluss Jugoslawiens an den von Deutschland geführten Dreimächtepakt Putsch in Belgrad. April: Einmarsch der deutschen Wehrmacht. Kapitulation der jugoslawischen Armee. Aufteilung des Landes. Kroatien wird «unabhängig», Diktatur der Ustascha.
- Mai/Juli: Beginn des Widerstandes und des Partisanenkrieges. Königs-treue Tschetniks (Mihailovic) und kommunistische Partisanen (Tito). Blutige Verfolgung der Serben durch die kroatische Ustascha.
1943. Titos Anhänger bilden eine provisorische Regierung. Anerkennung durch die USA und England.
- 1944/45. Die deutsche Wehrmacht wird aus Jugoslawien vertrieben.
1945. November: Die kommunistische Volksfront erhält bei den Wahlen 88 Prozent der Stimmen. Proklamation der Republik.
1946. Neue Verfassung: Föderative Volksdemokratie Jugoslawien. Schaffung von 6 Volksrepubliken, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien, Kroatien, Slowenien, und 2 Autonomen Provinzen, Vojvodina und Kosovo.
1948. Bruch Stalins mit Tito. Jugoslawien entwickelt «eigenen Weg zum Sozialismus». Führende Rolle Belgrads bei den blockfreien Staaten.
1953. Tito wird Präsident Jugoslawiens.
1963. Neue Verfassung: Sozialistische Föderative Republik. Tito Präsident auf Lebenszeit.
1974. Neue Verfassung. Ausbau der Selbstverwaltung.
1980. Tod Titos. Ämterrotation an der Spitze von Staat und Regierung.
1981. Beginn der Unruhen in Kosovo.
1990. Freie Wahlen in Slowenien und Kroatien.
1991. Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien erklären sich unabhängig. Kämpfe zwischen Serben und Kroaten in der von Serben bewohnten Krajina sowie in Slawonien.
1992. Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens durch die EG. Schwere Kämpfe in Bosnien zwischen Serben, Kroaten und Muslimen.

Der Zerfall Jugoslawiens

1980

4. Mai: Marschall Josip Broz Tito stirbt. Danach wird die Bundesrepublik Jugoslawien von einem Präsidium regiert, dessen Vorsitz in jährlichem Turnus der Vertreter einer der sechs Republiken und der zwei autonomen Gebietskörperschaften (Vojvodina und Kosovo) innehat.

1981

Im Frühjahr fordern Zehntausende Kosovo-Albaner für ihre Provinz den Republikstatus. Die Bewegung wird blutig niedergeschlagen.

1987

September: Slobodan Milošević übernimmt den Vorsitz des Bundes der Kommunisten in Serbien und besetzt nationalistische Themen.

1989

1. März: Nach einem Generalstreik und gewaltsamen Zusammenstößen verhängt Belgrad über die Provinz Kosovo den Ausnahmezustand und entsendet Truppen.

23. März: Durch eine Reform der serbischen Verfassung wird der Autonomiestatus des Kosovo und der Vojvodina, der ihnen 1974 eingeräumt worden war, substantiell eingeschränkt.

6. Dezember: Milošević wird vom Parlament zum Präsidenten der Teilrepublik Serbien gewählt. In den allgemeinen Wahlen vom 9. Dezember 1990 wird er in seinem Amt bestätigt.

1990

26. Juni: Das serbische Parlament löst Regierung und Parlament des Kosovo auf. Am 2. Juli erklären daraufhin die Kosovo-albanischen Abgeordneten ihre Abspaltung von Serbien, die das serbische Parlament am 5. Juli für nichtig erklärt.

1991

28. Februar: Die Krajina-Serben erklären die Abspaltung von der damals noch jugoslawischen Teilrepublik Kroatien.

25. Juni: Unabhängigkeitserklärung von Kroatien und Slowenien, wo zwei Tage später jugoslawische Truppen einmarschieren. Das Abkommen von Brioni am 7. Juli führt zur Einstellung der Kampfhandlungen; im Gegenzug schieben Slowenen und Kroaten ihre Loslösung von Restjugoslawien um drei Monate hinaus.

15. September: Proklamation eines unabhängigen Makedonien, nachdem sich in einem Referendum vom 8. September 95 Prozent für die Unabhängigkeit ausgesprochen haben.

30. September: Nach einem geheimen Referendum wird eine „Republik Kosovo“ ausgerufen.

15. Oktober: Bosnien-Herzegowina erklärt seinerseits seine Unabhängigkeit, was am 29. Februar 1992 durch ein Referendum mit 62,8 Prozent der Stimmen bestätigt wird.

18. November: Nach dreimonatiger Belagerung durch die Serben fällt die kroatische Stadt Vukovar.

19. Dezember: Die Bundesrepublik Deutschland erkennt Kroatien und Slowenien im Alleingang an.

1992

12. Januar: Anerkennung der beiden neuen Staaten durch sämtliche elf übrigen EU-Staaten.

21. Februar: Der UN-Sicherheitsrat stellt eine 14000 Mann starke Blauhelmtuppe auf, die sogenannte UNO-Friedenstruppe (Unprofor).

6. April: Die Europäische Gemeinschaft erkennt auch Bosnien-Herzegowina an. Sarajevo wird von bosnischen Serben belagert. Damit hat der Krieg begonnen, drei Monate später kontrollieren die Serben 70 Prozent des bosnischen Territoriums. Am 7. April erkennen die USA Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina als unabhängige Staaten an.

15. und 30. Mai: Der UN-Sicherheitsrat verhängt ein Wirtschafts-, Öl- und Flugverkehrsembargo gegen Serbien und Montenegro. Am 22. Mai werden die drei neuen Staaten UNO-Mitglieder, während die Bundesrepublik Jugoslawien am 22. September aus der internationalen Staatenorganisation ausgeschlossen wird.

24. Mai: Ibrahim Rugova wird zum „Präsidenten“ des Kosovo gewählt; seine Wahl wird von Belgrad für illegal erklärt.

1993

2. Januar: Cyrus Vance und Lord Owen, Vorsitzende der Internationalen Kontaktgruppe für Exjugoslawien, legen einen Plan zur Aufteilung von Bosnien-Herzegowina in zehn Regionen vor, wobei Sarajevo zur neutralen Zone werden soll. Während die bosnischen Kroaten diesem Plan zustimmen, lehnen ihn die Serben wie die Muslime (Bosniaken) ab.

22. Februar: Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs, um diejenigen abzuurteilen, die für die seit 1991 im ehemaligen Jugoslawien begangenen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

6. Mai: Der Sicherheitsrat schafft sechs von Blauhelmtrouppen gesicherte „Schutzzonen“: Sarajevo, Bihać, Tuzla, Žepa, Srebrenica und Gorazde.

1994

9. Februar: Nach dem Einschlag einer Mörsergranate auf dem Markt von Sarajevo, der 66 Menschenleben fordert, verlangt die Nato unter Androhung von Luftschlägen von den Serben, ihr schweres Geschütz um 20 Kilometer von der Stadt zurückzuverlegen.

1. März: In Washington beschließen Kroaten und Bosniaken, eine muslimisch-kroatische „Föderation Bosnien-Herzegowina“ zu gründen, während die Serben im Norden des Landes die ethnischen Säuberungen fortsetzen.

5. Juli: Die Internationale Kontaktgruppe (mit Vertretern der USA, Rußlands, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens) schlägt eine neue Aufteilung des Territoriums vor, wonach 51 Prozent an die Kroaten und Bosniaken fallen sollen und 49 Prozent an die Serben. Die bosnischen Serben lehnen den Plan ab – trotz Drängens der Regierung in Belgrad, die daraufhin mit ihnen bricht.

1995

16. Juni: Nach der Bombardierung von Pale durch die Nato und der Geiselnahme von Blauhelmsoldaten durch bosnische Serben Ende Mai beschließt der Sicherheitsrat, zur Unterstützung der Unprofor-Truppen eine multinationale Schnelle Eingreiftruppe aufzustellen.

Juli: Neue serbische Offensiven gegen die „Schutzzonen“: Srebrenica fällt am 11. und Žepa am 25. Juli.

August: Die kroatische Armee erobert die Krajina zurück und vertreibt ca. 180 000 dort lebende Serben, danach unterstützt sie die bosniakisch-kroatischen Streitkräfte bei der Rückeroberung Nordbosniens.

29. August: Nach dem Granatenbeschuß eines Marktes in Sarajevo greifen westliche Artillerie und Luftstreitkräfte serbische Stellungen an. Am nächsten Tag betrauen die bosnischen Serben Milošević damit, in ihrem Namen zu verhandeln.

21. November: Nach dreiwöchigen Verhandlungen auf der amerikanischen Militärbasis von Dayton unterzeichnen die Präsidenten von Serbien, Kroatien und Bosnien einen Vertrag, der die Bewahrung eines einheitlichen, in seinen Grenzen international anerkannten Staates Bosnien-Herzegowina vorsieht; die ethnische Aufteilung freilich wird gebilligt: fortan besteht das Land aus zwei Gebietseinheiten, der Serbischen Republik (Republika Srpska) und der bosniakisch-kroatischen Föderation. Die gegen Serbien und Montenegro verhängten Wirtschaftssanktionen werden aufgehoben.

20. Dezember: Die Unprofor- wird durch die Implementation-Force-Friedenstruppe (Ifor) abgelöst.

1996

Februar: Die Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK) tritt erstmals öffentlich in Erscheinung, indem sie sich zu einer Reihe von Bombenattentaten bekennt.

19. März: Nach der Abwanderung bzw. Verdrängung des größten Teils der serbischen Bevölkerung wird Sarajevo wiedervereinigt.

14. September: Bei den Wahlen in Bosnien-Herzegowina siegen die nationalistischen Parteien. Der Muslim Alija Izetbegović (SDA) wird zum Vorsitzenden des Dreipräsidiiums gewählt, dem außerdem der Serbe Momčilo Krajišnik (SDS) und der Kroat Krešimir Žubak (HDZ) angehören.

3. Oktober: Die Präsidenten von Serbien und Bosnien unterzeichnen im Pariser Elysée-Palast ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

November/Dezember: Nachdem bei den Kommunalwahlen in fünfzehn Städten, darunter Belgrad, die Opposition gewonnen hat, annulliert die serbische Zentralregierung die Ergebnisse in den betreffenden Wahlbezirken. Es kommt zu einer Welle von Protesten, zu Massendemonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften.

16. Dezember: Die Nato erteilt den Befehl zur Aufstellung der Stabilization Force (SFOR) in Bosnien (als Nachfolgerin der Ifor), an der die Bundeswehr beteiligt ist.

1997

Januar: Der serbische Rektor der Universität von Priština wird bei einem Auto-bombenattentat, zu dem sich die UÇK bekennt, schwer verletzt.

28. Februar: Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bosnien und Restjugoslawien über die staatliche Zugehörigkeit der Grenzstadt Brčko unterzeichnen die Bundesrepublik Jugoslawien und die Republika Srpska ein Abkommen über die Herstellung „besonderer Beziehungen“, was gegen die Resolution über die Beibehaltung der gesamtstaatlichen Souveränität von Bosnien-Herzegowina verstößt.

10. Juli: Nach einem Nato-Angriff auf die bosnische Stadt Prijedor werden die westlichen Streitkräfte Ziel zahlreicher Attentate.

September: Im Kosovo werden Demonstrationen albanischer Studenten von der serbischen Polizei mit Gewalt auseinandergetrieben.

13. und 14. September: Aus den Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina gehen erneut die nationalistischen Kräfte als Sieger hervor.

1998

Februar/März: Im Kosovo kommt es in der Region Drenica zu gewaltsamen Zusammenstößen. Die serbische Polizei und die jugoslawische Armee zerstören zahlreiche Dörfer, etwa 2000 Menschen kommen ums Leben und 250.000 flüchten.

15. März: In Bosnien-Herzegowina überläßt die Schiedskommission der internationalen Staatengemeinschaft Brčko serbischer Kontrolle, allerdings unter internationaler Überwachung.

22. März: Die Kosovo-Albaner wählen bei starker Wahlbeteiligung ihren „Präsidenten“, Ibrahim Rugova, wieder, sowie auch ein (von Belgrad nicht anerkanntes) neues Parlament.

26. März: Der Ultrationalist Vojeslav Šešelj wird in Belgrad zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierungskoalition gewählt und bekräftigt seine Weigerung, mit den Kosovo-Albanern zu verhandeln.

7. April: Das serbische Parlament votiert gegen ein Referendum, das über die ausländische Beteiligung bei der Lösung des Kosovokonflikts abgehalten werden sollte.

April-August: Im Kosovo kommt es immer wieder – und trotz Verhandlungsbemühungen sowie Nato-Luftmanövern – zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen albanischen Unabhängigkeitskämpfern und jugoslawischen Armee-Einheiten.

15. Mai: Treffen des jugoslawischen Präsidenten Milošević mit dem „Präsidenten“ der Kosovo-Albaner, Rugova, unter der Schirmherrschaft des US-amerikanischen Vermittlers Richard Holbrooke.

1. September: Milošević erklärt sich bereit, dem Kosovo eine begrenzte Selbstverwaltung zuzubilligen.

12. und 13. September: In Bosnien-Herzegowina finden allgemeine Wahlen statt. Der Bosniake Izetbegović, der Serbe Radišić (ein gemäßigter Sozialist) und der Kroatel Jelavić werden in das dreiköpfige Präsidium gewählt. Zugleich wird bei Wahlen in der Republika Srpska die bisherige gemäßigte Präsidentin Biljana Plavšić von dem Ultrationalisten Nikola Poplašen (Serbische Radikale Partei) abgelöst.

23. September: Der UNO-Sicherheitsrat verlangt für das Kosovo die Einstellung der Kampfhandlungen, den Abzug der serbischen Truppen und die Aufnahme direkter Verhandlungen.

13. Oktober: In Belgrad einigen sich Milošević und Richard Holbrooke auf den Abzug der serbischen Truppen sowie auf eine Waffenruhe und die Aufstellung von 2000 unbewaffneten OSZE-„Beobachtern“. Die UÇK lehnt dieses Abkommen am 16. desselben Monats ab.

26. Oktober: 10000 serbische Polizisten verlassen das Kosovo. Am folgenden Tag nimmt die Nato ihre Androhung von Luftschlägen zurück.

16. November: Rugova weigert sich, mit Belgrad direkte Gespräche aufzunehmen.

Dezember: Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen UÇK und serbischen Armee-Einheiten flammen wieder auf.

1999

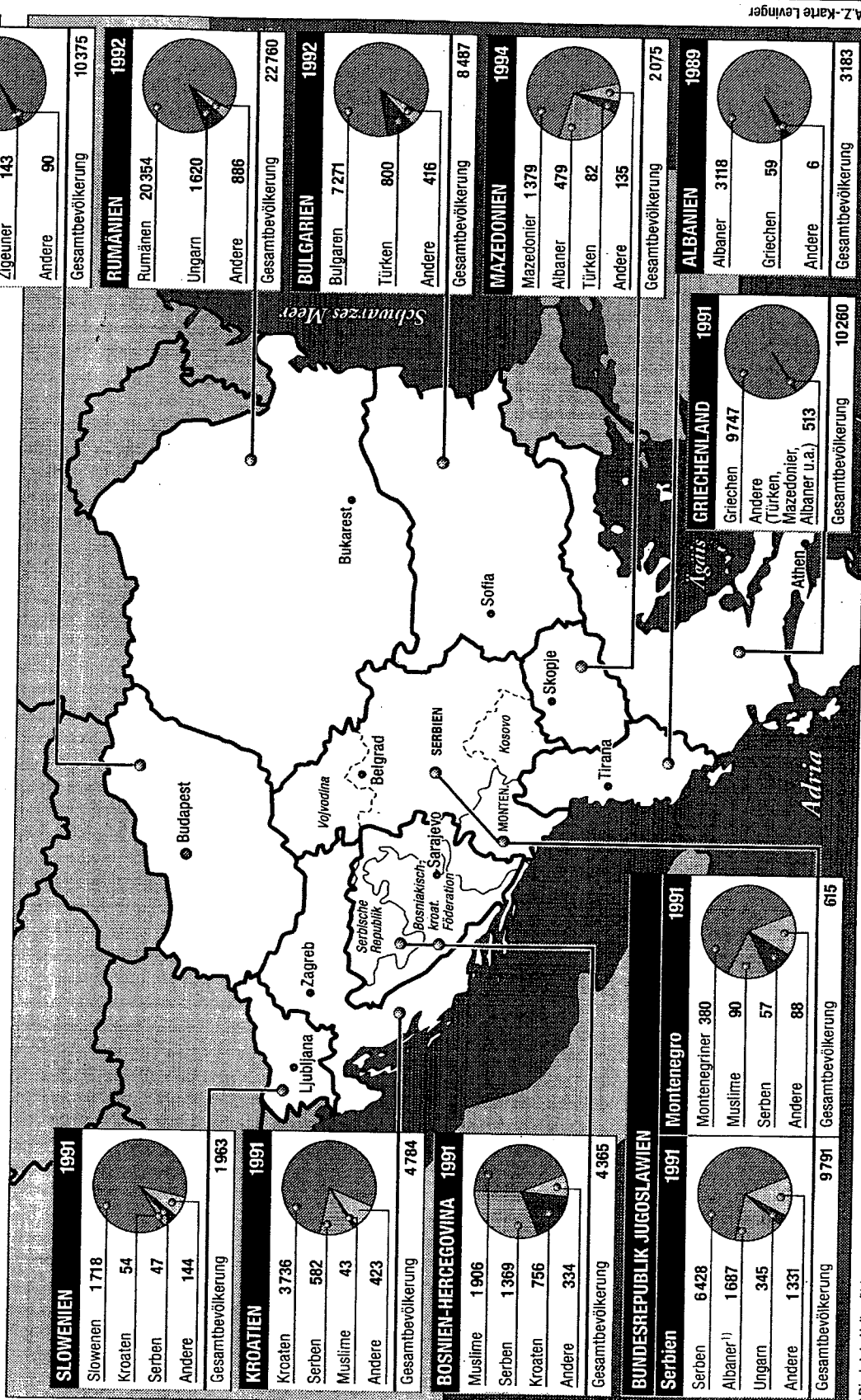
6. Februar: Die Internationale Kontaktgruppe bringt Vertreter aus Belgrad und Repräsentanten der wichtigsten Kosovo-albanischen politischen Formationen, darunter auch der UÇK, in Rambouillet an einem Tisch zusammen. Die UÇK lehnt den bloßen Autonomiestatus für die Provinz ab, die Serben wiederum sperren sich gegen die Aufstellung einer internationalen Streitmacht.

19. März: Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris scheitert. Zwar hat die UÇK das Dokument schließlich unterzeichnet, Belgrad jedoch nicht.

23. März: Die Nato beginnt mit der Bombardierung Serbiens.

Die Bevölkerung in Südosteuropa

Basierend auf der jeweils letzten Volkszählung, Angaben in Tausend



Quelle: Georg Brunner, "Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa"

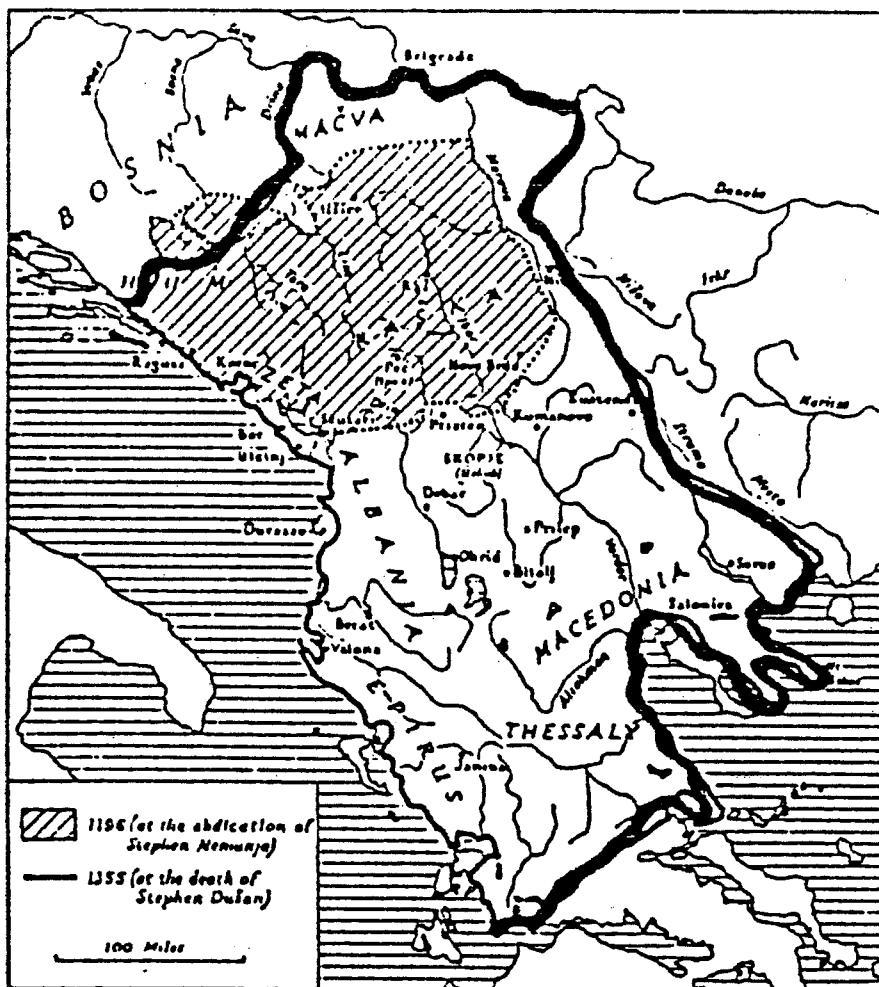
Das Parlament, 6./13. August 1999

¹⁾ Die letzte Volkszählung in der Bundesrepublik Jugoslawien wurde von den Albanern boykottiert.

FAZ-Karte Levinger

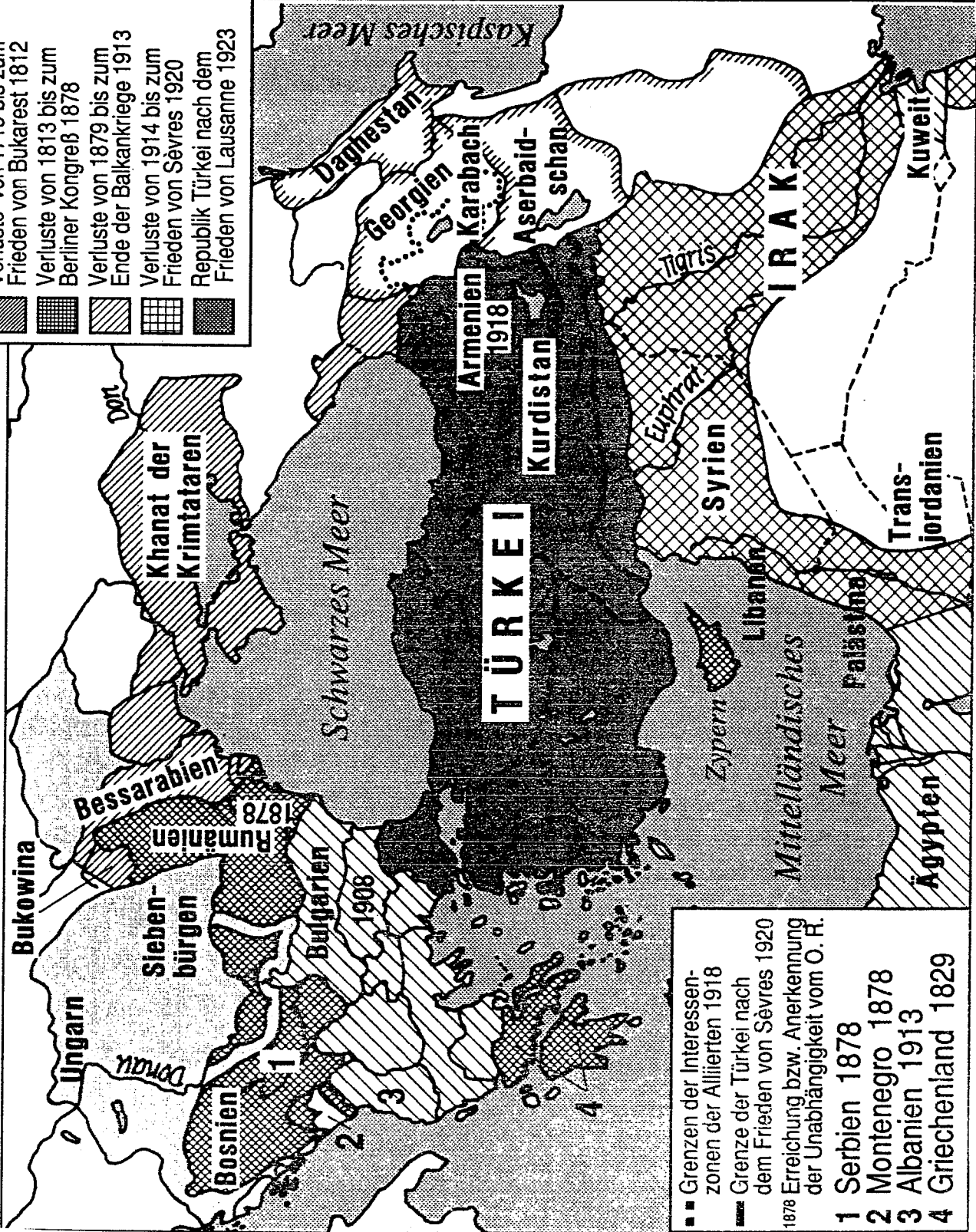


Das Königreich Kroatien um 1070.



Das serbische Königreich um 1350.

Das Osmanische Reich 1683-1922



- Verluste von 1683 bis zum Frieden von Passarowitz 1718
- Verluste von 1719 bis zum Frieden von Bukarest 1812
- Verluste von 1813 bis zum Berliner Kongreß 1878
- Verluste von 1879 bis zum Ende der Balkankriege 1913
- Verluste von 1914 bis zum Frieden von Sévres 1920
- Republik Türkei nach dem Frieden von Lausanne 1923

- Grenzen der Interessenzonen der Alliierten 1918
- Grenze der Türkei nach dem Frieden von Sévres 1920
- 1978 Erreichung bzw. Anerkennung der Unabhängigkeit vom O. R.
- 1 Serbien 1878
- 2 Montenegro 1878
- 3 Albanien 1913
- 4 Griechenland 1829

Grafte! Geschichte Asiens u. Afrikas,
 19. u. 20. Jh., Teil 2, Dresden 1992,
 S. 155